

Dezember 2015

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung	2
Globale Sicherheitslage: 57 Prozent sehen Deutschland bedroht	3
58 Prozent für militärischen Beistand Frankreichs.....	5
Terrorgefahr: Deutsche bleiben gelassen, Union bindet größtes Sachvertrauen bei der Terrorabwehr	7
Kompetenzvorteil für Union in der Asyl- und Flüchtlingspolitik.....	8
Asyl- und Flüchtlingspolitik: 85 Prozent für verstärkte Grenzkontrollen	9
Zufriedenheit mit Regierung und Politikern: Kabinett und Kanzlerin stoppen Negativtrend.....	11
Sonntagsfrage: AfD mit Aussicht auf 10 Prozent	13

ARD – DeutschlandTREND Dezember 2015

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autor	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Caroline Hoffmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.003 Befragte Sonntagsfrage: 1.503 Befragte	
Erhebungszeitraum	30. November bis 1. Dezember 2015 Sonntagsfrage: 30. November bis 2. Dezember 2015	
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-154
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Zusammenfassung

Die von den Deutschen vorgenommene Bewertung globaler Sicherheitsrisiken hat sich binnen eines Jahres verändert. Wurde die Weltlage im Januar eher als weniger gefährlich für Deutschland gesehen, überwiegt aktuell das Bedrohungsgefühl deutlich (57:42 Prozent). Eine wichtige Rolle für die Stimmungsänderung spielen IS-Anschläge. Nachdem nach den Januar-Anschlägen in Paris etwa jeder zweite Bundesbürger seine Sorge vor Terroranschlägen in Deutschland bekundete, stieg die Zahl der beunruhigten Deutschen im Juli auf 63 Prozent und verharrt auch nach den November-Anschlägen in Paris auf hohem Niveau (61 Prozent).

Die Gefahrenbeschreibung der Deutschen liefert eine Erklärung, dass nach den jüngsten Anschlägen in Paris eine Mehrheit (58 Prozent) auch einen militärischen Beistand Frankreichs im Kampf gegen den IS unterstützt. Die Befürworter einer deutschen Anti-IS-Mission wollen ein Engagement allerdings auf die geplante Bereitstellung von Aufklärungs- und Tankflugzeugen beschränkt sehen. Ein darüber hinaus gehender Syrien-Einsatz findet auch bei ihnen jeweils keine Mehrheit. Den Risiken eines Anti-IS-Einsatzes in Syrien sind sich die Bundesbürger insgesamt bewusst: Sechs von zehn (63 Prozent) rechnen im Falle eines Einsatzes mit steigenden Anschlagsgefahren in Deutschland.

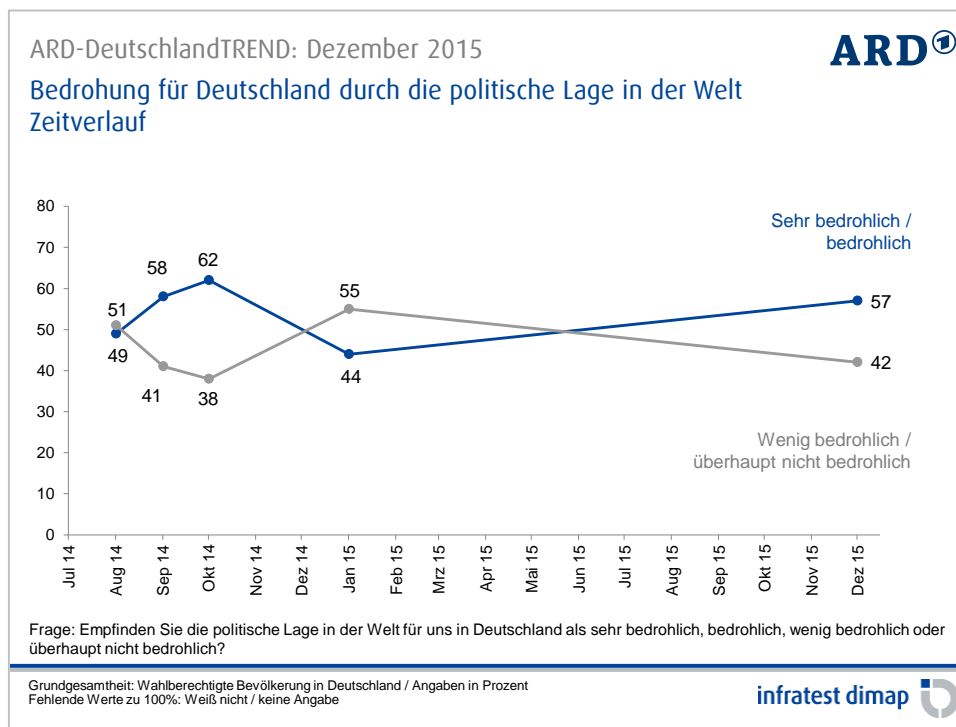
Trotz der Sorge vor Terror-Angriffen im eigenen Land, bleiben die Bürger im Alltag gelassen. Zwar gibt ein Viertel (26 Prozent) an, Menschenansammlungen zu meiden, die große Mehrheit (73 Prozent) erkennt hierfür jedoch keinen Anlass. Gut die Hälfte (54 Prozent) sieht Deutschland auch insgesamt gut vor Anschlägen geschützt. Dennoch sind drei Viertel (74 Prozent) der Ansicht, dass mehr getan werden müsste, um Sicherheitslücken zu schließen. Beim Terrorschutz setzen die Bundesbürger vor allem auf die Union (48 Prozent). Beim zweiten aktuell wichtigen Politikfeld, der Asyl- und Flüchtlingspolitik, überzeugt ebenfalls am ehesten die Union, wenn auch auf niedrigerem Niveau: Geht es darum, eine gute Asyl- und Flüchtlingspolitik zu betreiben, vertrauen 34 Prozent der CDU/CSU, 20 Prozent den Sozialdemokraten.

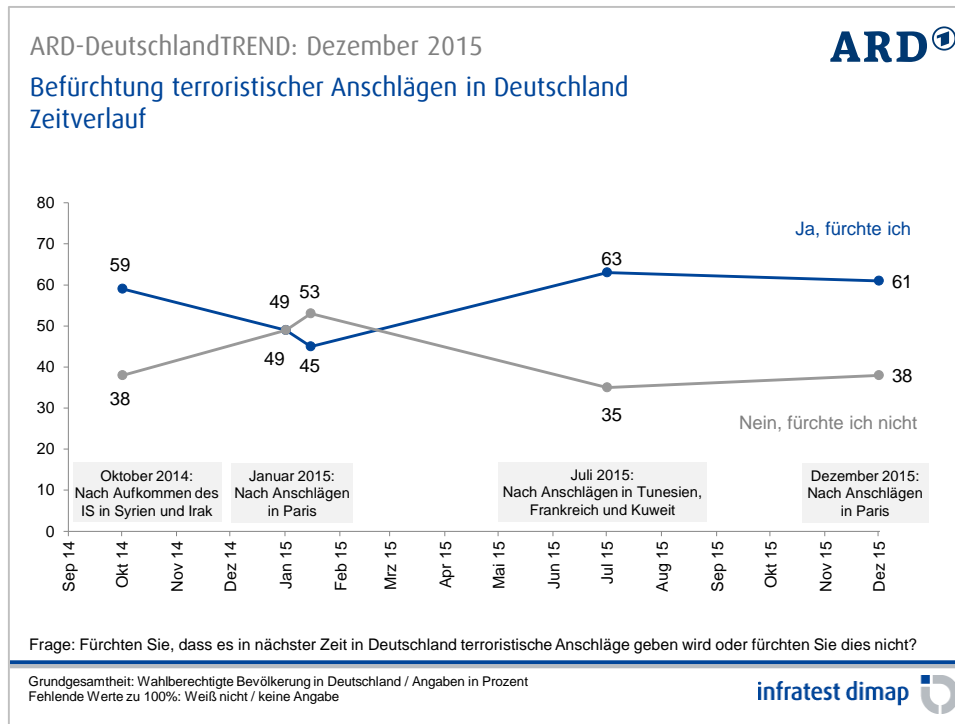
Von der durch Sicherheitsfragen dominierten aktuellen Agenda profitieren Regierung wie Kabinettspitzen. Nachdem die Koalition über vier Monate an Reputation einbüßte, kann sie ihren Negativtrend im Dezember stoppen (+6). Allerdings erreicht das Kabinett lediglich den drittniedrigsten Wert (48 Prozent) in der Amtsperiode. Auch die Kanzlerin gewinnt erstmals seit August wieder an Zuspruch (+5), muss sich aber mit dem zweitniedrigsten Wert ihrer Kanzlerschaft (54 Prozent) begnügen. Die größten Zugewinne erzielt neben Innenminister de Maiziere (+8) Finanzminister Schäuble (+7). Schäuble (75 Prozent) erreicht seinen besten Zufriedenheitswert im ARD-DeutschlandTREND und bleibt der populärste Bundespolitiker vor Außenminister Steinmeier (68 Prozent).

In der bundespolitischen Stimmung wird der gestoppte Negativtrend in der Bewertung von Regierung und Kanzlerin allerdings bislang nicht erkennbar. Aktuell käme die CDU/CSU bei einer Bundestagswahl wie im Vormonat auf 37 Prozent, die SPD legt um 1 Punkt auf 25 Prozent zu. Die Grünen würden 11 Prozent (+/-0) erzielen, die Linke käme auf 8 Prozent (-1). Die FDP würde mit 4 Prozent (-1) derzeit nicht in den Bundestag einziehen. Dagegen hätte die AfD 10 Prozent (+2) in Aussicht – der bislang höchste AfD-Wert. Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND Dezember 2015, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat.

Globale Sicherheitslage: 57 Prozent sehen Deutschland bedroht

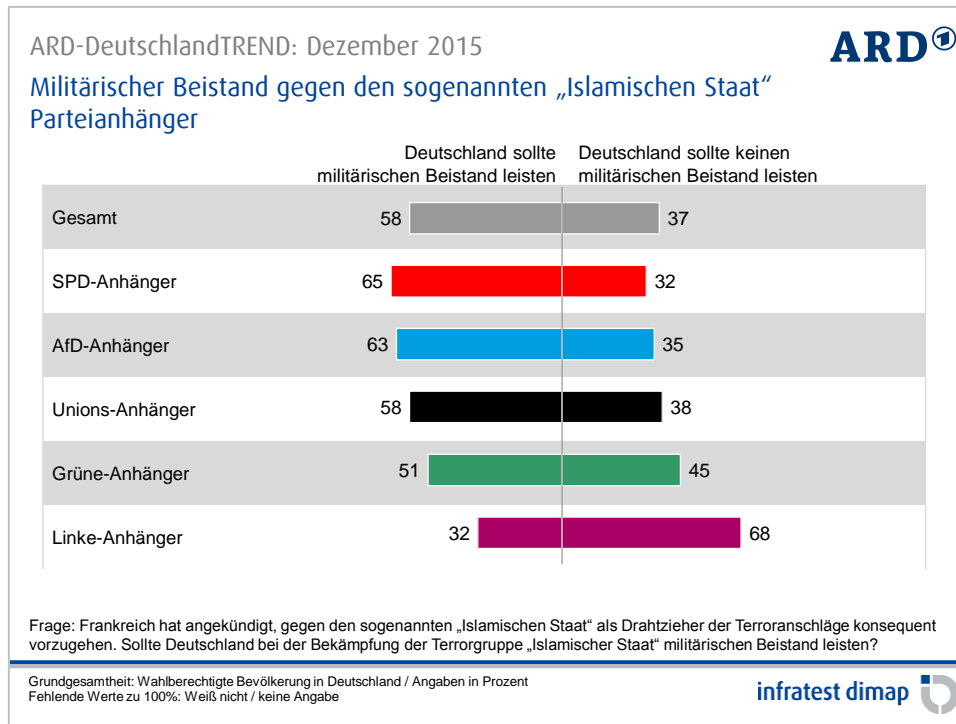
Die politische Weltlage wird von den Deutschen am Ende des Jahres deutlich anders wahrgenommen als noch zu Jahresbeginn. Wurde die Situation im Januar eher als weniger gefährlich für Deutschland eingestuft (55 Prozent), überwiegt zum Jahresende das Bedrohungsgefühl erkennbar: Sechs von zehn Deutschen (57 Prozent) betrachten die politische Weltlage aktuell als bedrohlich für die Bundesrepublik, 42 Prozent kommen zum gegenteiligen Urteil.





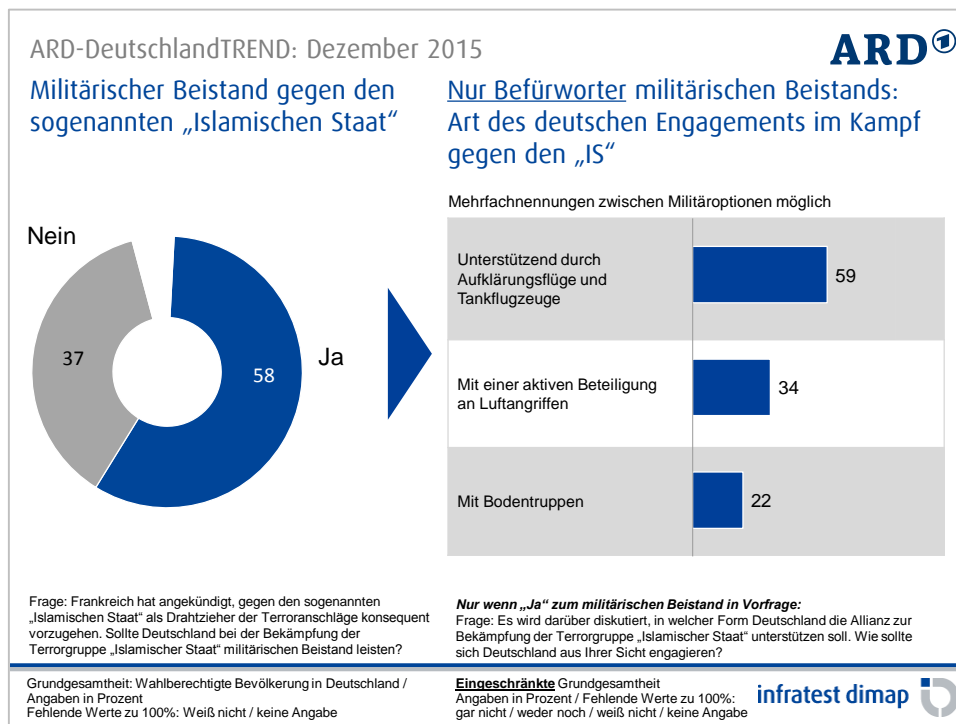
Eine bedeutsame Rolle für die Stimmungsänderung spielen die Anschläge der Terrororganisation „Islamischer Staat“. Nachdem unmittelbar nach den Januar-Anschlägen des IS in Paris etwa jeder zweite Bundesbürger seine Sorge vor möglichen Terrorattacken in Deutschland bekundete, stieg die Zahl der beunruhigten Deutschen im Juli auf 63 Prozent und verharrt auch nach den November-Anschlägen in Paris auf diesem hohen Niveau (61 Prozent).

58 Prozent für militärischen Beistand Frankreichs



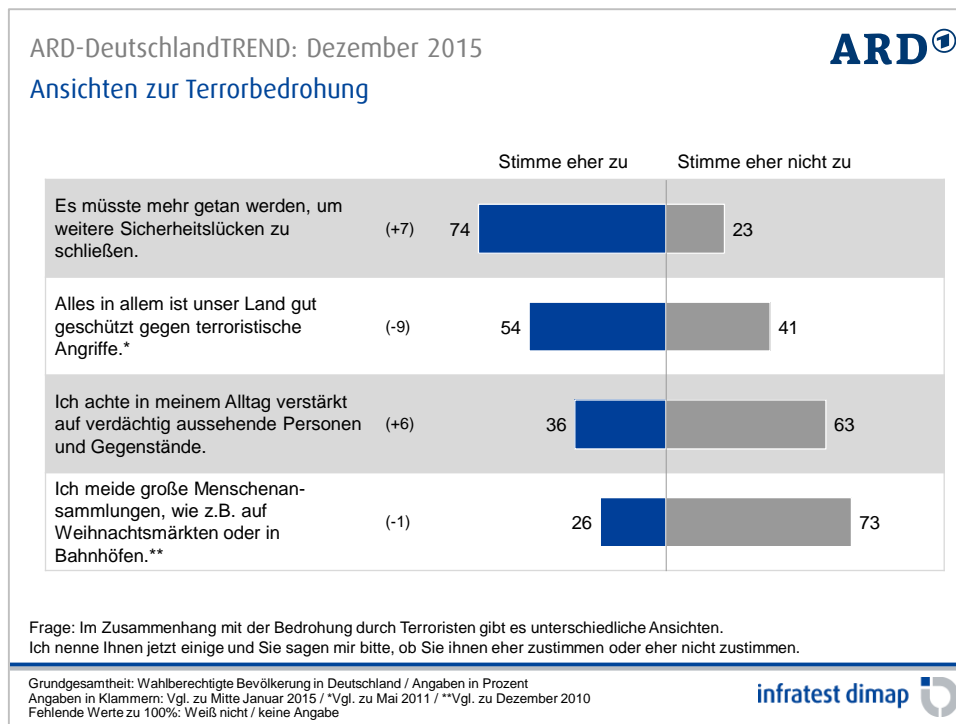
Die geänderte Wahrnehmung der Gefährdungslage liefert eine Erklärung dafür, dass nach den jüngsten Anschlägen in Paris mit 58 Prozent eine Mehrheit der Bundesbürger auch einen militärischen Beistand Frankreichs im Kampf gegen den IS unterstützt. 37 Prozent sind allerdings dagegen, darunter insbesondere Anhänger der Linkspartei (68 Prozent). Während die Wähler der Grünen in ihrem Urteil eher gespalten sind (51:45 Prozent), überwiegt in den Reihen von Union (58:38 Prozent) und SPD (65:32 Prozent) die Zustimmung zu einem militärischen Beistand deutlich.

Die Befürworter einer deutschen Anti-IS-Mission wollen ein militärisches Engagement allerdings auf die von der Bundesregierung geplante Bereitstellung von Aufklärungs- und Tankflugzeugen beschränkt sehen (59 Prozent). Ein darüber hinaus gehender Syrien-Einsatz der Bundeswehr wie eine aktive Beteiligung an Luftschlägen (34 Prozent) oder auch der Einsatz von Bodentruppen (22 Prozent) findet auch bei ihnen jeweils keine Mehrheit.



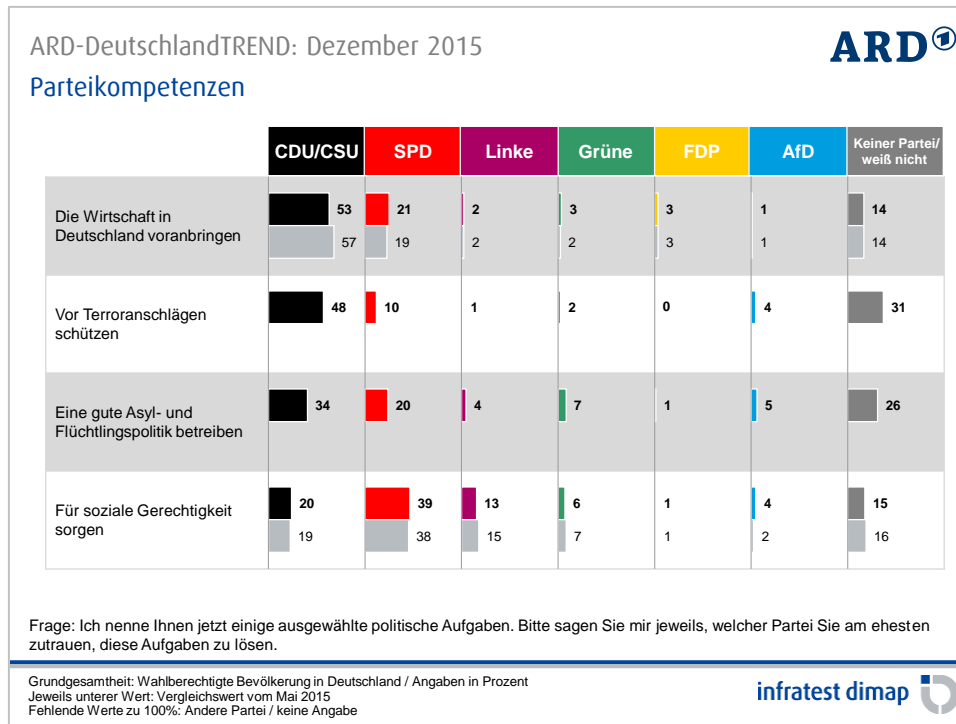
Den Risiken eines Anti-IS-Einsatzes der Bundeswehr in Syrien ist sich die Mehrheit der Bundesbürger insgesamt bewusst: Sechs von zehn (63 Prozent) gehen davon aus, dass Anschlagsgefahren in Deutschland dadurch eher steigen werden. Ein Drittel (34 Prozent) rechnet damit, dass das Anschlagrisiko in Deutschland von einem solchen Einsatz unberührt bliebe.

Terrorgefahr: Deutsche bleiben gelassen, Union bindet größtes Sachvertrauen bei der Terrorabwehr



Trotz der Sorge vor möglichen Terror-Angriffen im eigenen Land, bleibt die Mehrheit der Deutschen in ihrem persönlichen Alltag gelassen. Zwar gibt immerhin ein Viertel (26 Prozent) an, Menschenansammlungen zu meiden, die große Mehrheit (73 Prozent) sieht hierfür jedoch keinen Anlass. Auch verneinen 63 Prozent, verstärkt auf verdächtige Personen oder Gegenstände zu achten. Gut die Hälfte der Bundesbürger (54 Prozent) sieht Deutschland auch alles in allem gut vor Anschlägen geschützt. Dennoch sind drei Viertel (74 Prozent) der Ansicht, dass mehr getan werden müsste, um weitere Sicherheitslücken zu schließen. Beim Terrorschutz setzen die Bundesbürger aktuell in erster Linie auf die Union: Etwa jeder Zweite (48 Prozent) traut der CDU/CSU diese Aufgabe am ehesten zu, 10 Prozent der SPD. Fast jeder dritte Wahlberechtigte (31 Prozent) sieht die Aufgabe des Terrorschutzes derzeit allerdings bei keiner Partei gut aufgehoben.

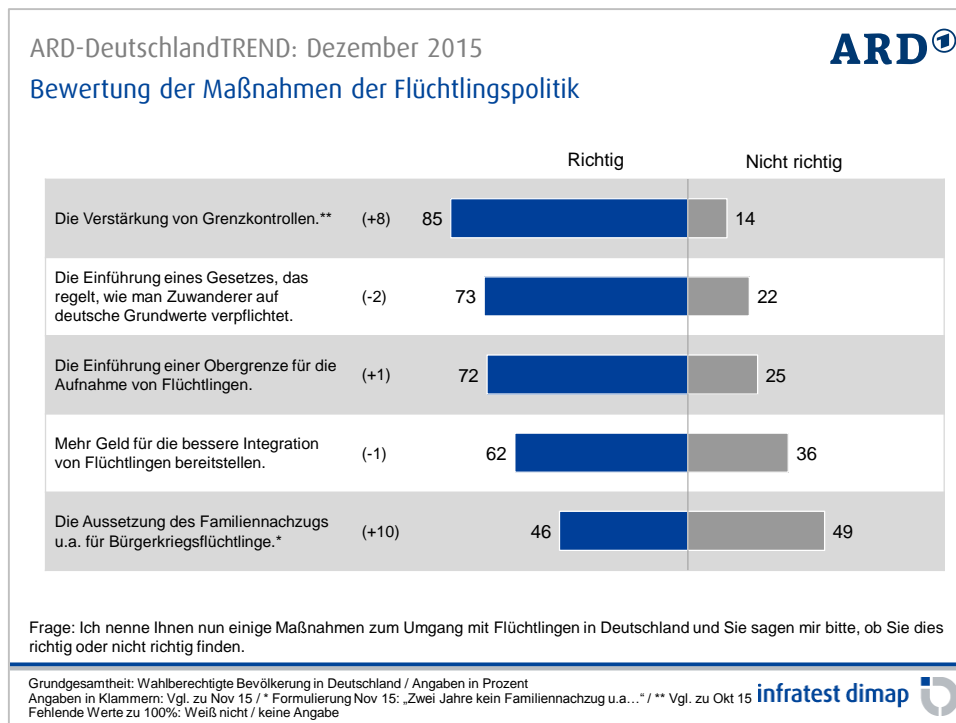
Kompetenzvorteil für Union in der Asyl- und Flüchtlingspolitik



Beim zweiten aktuell wichtigen Politikfeld, der Asyl- und Flüchtlingspolitik, überzeugt ebenfalls die Union die vergleichsweise meisten Bürger, allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau: Wenn es darum geht, eine gute Asyl- und Flüchtlingspolitik zu betreiben, vertrauen 34 Prozent der CDU/CSU, 20 Prozent den Sozialdemokraten. 7 Prozent weisen den Grünen die größte Kompetenz zu, 5 Prozent der AfD. Jeder fünfte Wahlberechtigte (26 Prozent) setzt in der Asyl- und Flüchtlingspolitik aktuell allerdings auf keine der Parteien.

Asyl- und Flüchtlingspolitik: 85 Prozent für verstärkte Grenzkontrollen

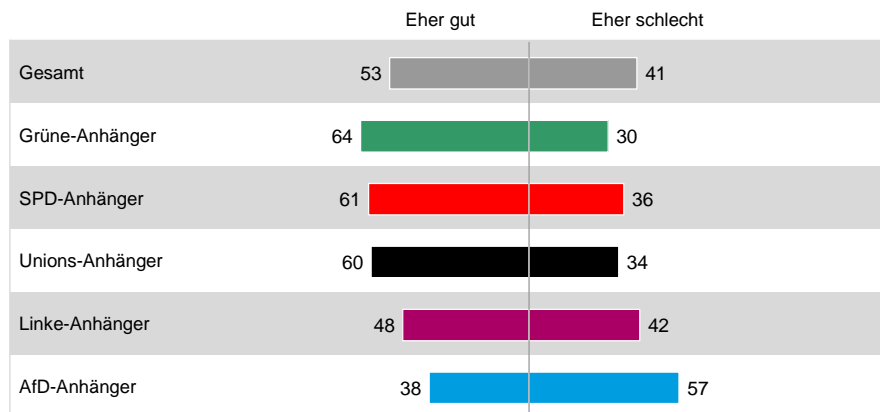
Bei aktuell diskutierten Maßnahmen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik finden stärkere Grenzkontrollen die größte Unterstützung der Bundesbürger (85 Prozent), gefolgt von der gesetzlichen Verpflichtung von Zuwanderern auf deutsche Grundwerte (73 Prozent) sowie der Einführung von Obergrenzen für Flüchtlinge (72 Prozent). Sechs von zehn (62 Prozent) finden gleichzeitig höhere Ausgaben für eine bessere Integration der Flüchtlinge richtig. In der Aussetzung des Familiennachzugs sind die Deutschen in ihrem Urteil gespalten: 46 Prozent unterstützen eine solche Maßnahme, 49 Prozent lehnen sie ab.



ARD-DeutschlandTREND: Dezember 2015

ARD ¹

EU-Vereinbarung mit der Türkei zur Unterstützung in der Flüchtlingsfrage
ParteiAnhänger



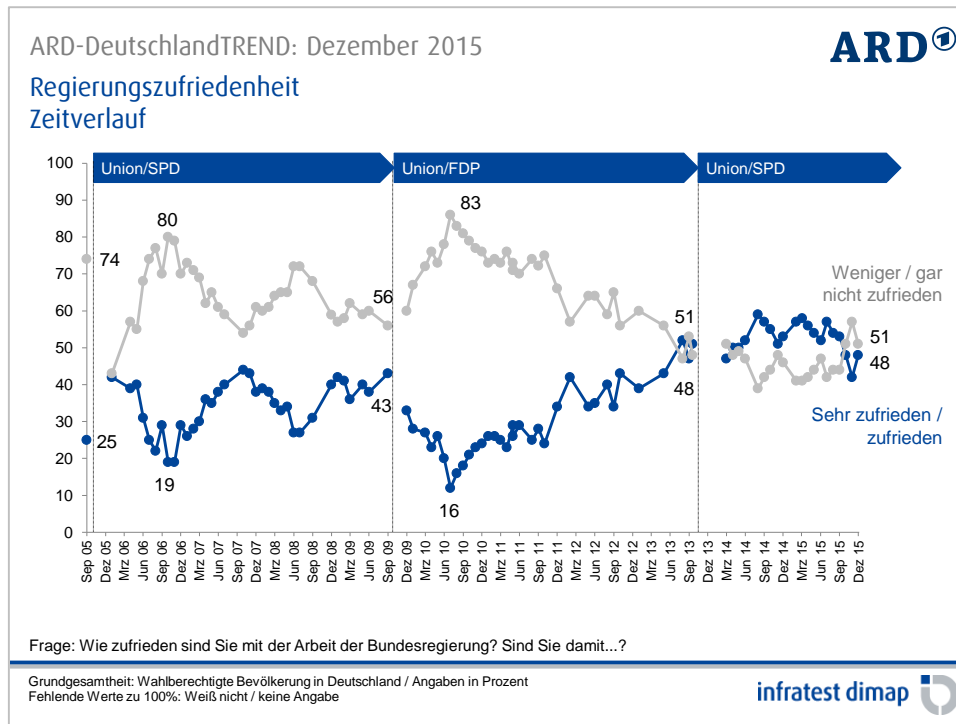
Frage: Die Europäische Union hat mit der Türkei eine Vereinbarung getroffen, um sie bei der Versorgung syrischer Flüchtlinge in der Türkei zu unterstützen. Die Türkei soll u.a. von der EU drei Milliarden Euro für die Versorgung von Flüchtlingen erhalten und türkische Staatsbürger sollen mittelfristig kein Visum mehr für die Einreise in die EU benötigen. Im Gegenzug will die Türkei für einen wirksamen Schutz ihrer Grenzen gegen die Durchreise von Flüchtlingen sorgen und die Schleuser stärker als bisher bekämpfen. Finden Sie diese Vereinbarung eher gut oder eher schlecht?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap 

Die EU-Vereinbarung mit der Türkei, bei der Visumsfreiheit und europäische Hilfgelder zur Flüchtlingsversorgung für verstärkte türkische Anstrengungen bei der Grenzkontrolle in Aussicht gestellt wurden, stößt bei jedem zweiten Bundesbürger auf Anklang (53 Prozent). Mehrheitliche Unterstützung findet das Abkommen in den Reihen aller Bundestagsparteien, insbesondere aber bei den Anhängern der Grünen (64 Prozent). Die Anhänger der Linken sind in ihrem Urteil gespalten (48:42 Prozent). Auf Ablehnung stößt die Vereinbarung bei den Wählern der AfD (38:57 Prozent).

Zufriedenheit mit Regierung und Politikern: Kabinett und Kanzlerin stoppen Negativtrend

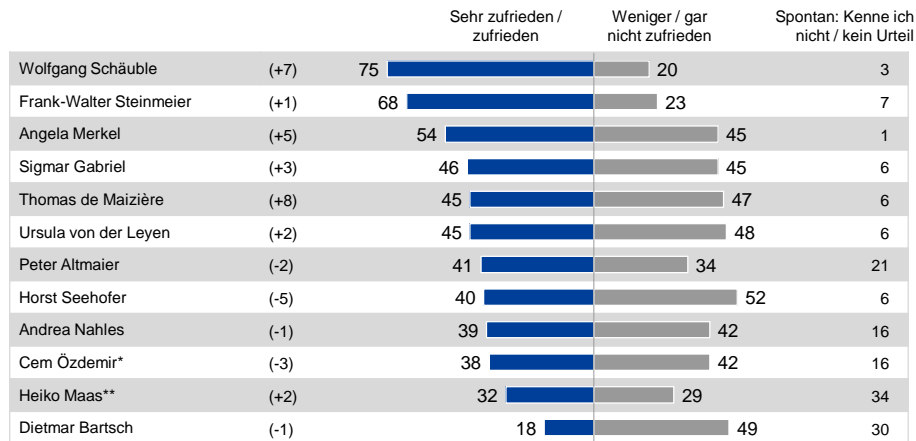


Von einer durch Fragen der inneren wie äußeren Sicherheit dominierten politischen Agenda profitieren zum Jahresende Bundesregierung wie einzelne Kabinettspitzen. Nachdem die Koalition in den letzten vier Monaten durchgängig an Reputation eingebüßt hatte, kann sie diesen Negativtrend im Dezember stoppen (+6). Allerdings erreicht das Berliner Kabinett mit 48 Prozent Zustimmung lediglich den drittniedrigsten Wert in der bisherigen Amtsperiode.

ARD-DeutschlandTREND: Dezember 2015



Politikerzufriedenheit



Frage: Und nun geht es um Ihre Meinung zu einigen Spitzenpolitikern.
Wie ist das mit...? Sind Sie mit ihrer/seiner politischen Arbeit sehr zufrieden, zufrieden, weniger zufrieden oder gar nicht zufrieden?

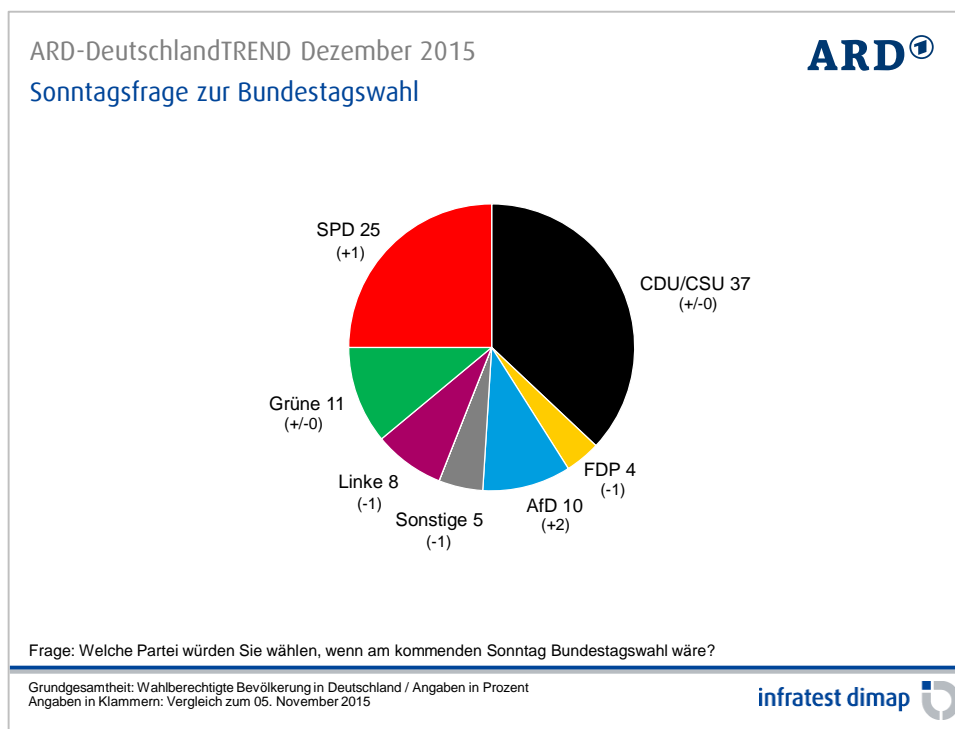
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent
Angaben in Klammern: Vgl. zu November 2015 / * Vgl. zu Januar 2015 / **Vgl. zu September 2015
Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht / keine Angabe



Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel gewinnt erstmals seit August wieder an Zuspruch (+5), muss sich aber mit dem zweitniedrigsten Wert (54 Prozent) ihrer Kanzlerschaft begnügen. Die größten Zugewinne gegenüber dem Vormonat erzielen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (+7) und Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (+8). Wolfgang Schäuble ist damit auch im Dezember der beliebteste Bundespolitiker vor Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (68 Prozent; +1). Zugleich erreicht der CDU-Politiker mit 75 Prozent seinen bislang höchsten Zufriedenheitswert im ARD-DeutschlandTREND. Die größten Einbußen zum Vormonat muss der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer hinnehmen (-5). Schlusslicht bildet wie im Vormonat der neue Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch von der Linkspartei (18 Prozent; -1).

Sonntagsfrage: AfD mit Aussicht auf 10 Prozent

In der bundespolitischen Stimmung wird der gestoppte Negativtrend in der Bewertung von Regierung und Kanzlerin bislang nicht sichtbar. Die CDU/CSU käme aktuell bei einer Bundestagswahl wie im Vormonat auf 37 Prozent der Zweitstimmen. Die SPD legt gegenüber November um 1 Punkt auf 25 Prozent zu. Während die Grünen wie vor vier Wochen 11 Prozent erzielen würden, büßt die Linke leicht ein und käme auf 8 Prozent (-1). Auch die FDP gibt gegenüber dem Vormonat nach (-1), mit 4 Prozent würde sie derzeit nicht in den Bundestag einziehen können. Dagegen hätte die AfD derzeit 10 Prozent (+2) in Aussicht – der bislang höchste AfD-Wert im ARD-DeutschlandTREND.

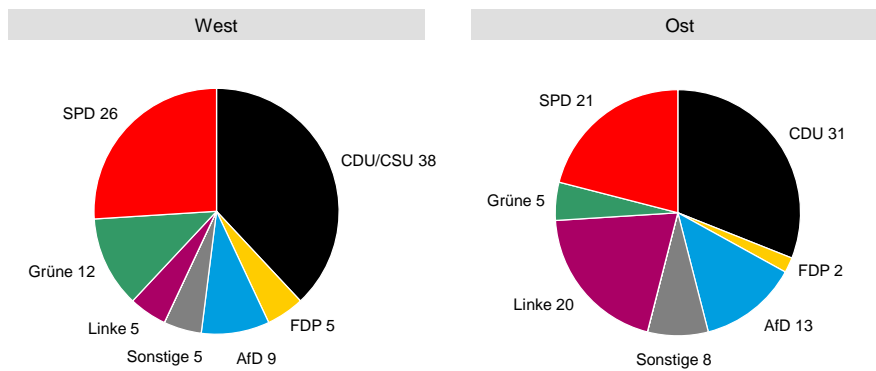


Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

ARD-DeutschlandTREND Dezember 2015



Sonntagsfrage zur Bundestagswahl in West- und Ostdeutschland



Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

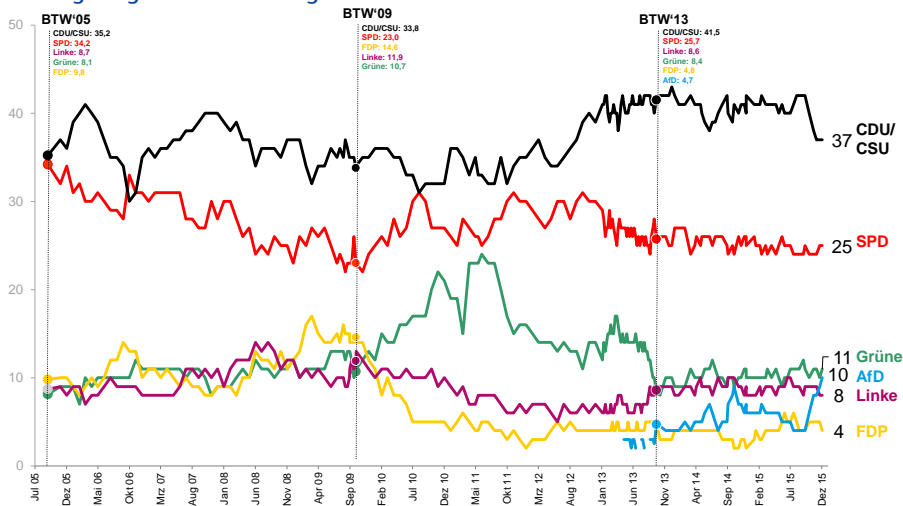
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent



ARD-DeutschlandTREND Dezember 2015



Sonntagsfrage zur Bundestagswahl: Zeitverlauf



Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent



Michael Kunert / Reinhard Schlunkert